

Anfangen, wenn es ernst wird

Es wird Katastrophen geben.

So habe ich es vor einiger Zeit im Gespräch mit der Büroleiterin meines Bundestagsabgeordneten gesagt. Vielleicht sind sie uns näher, als wir denken. Harald Lesch jedenfalls muss mir nicht mehr erklären, dass die Klimakatastrophe irgendwann kommen könnte. Für ihn ist sie längst da. Und auch über die politische Zukunft unseres Landes sprechen inzwischen viele Menschen in meinem Umfeld mit einer Sorge, die ich vor einigen Jahren noch nicht kannte. Die nächsten Landtagswahlen werden aufmerksam verfolgt. Manchmal fällt dabei sogar das Wort Katastrophe.

Mit diesem Wort muss man vorsichtig sein.

Eine Wahl ist keine Katastrophe. Auch ein Wahlergebnis, das mich erschreckt, ist zunächst das Ergebnis einer demokratischen Wahl. Wenn ich Demokratie ernst nehme, kann ich nicht nur dann auf das Volk verweisen, wenn es so abstimmt, wie ich mir das wünsche.

Und doch kann ich mir Sorgen machen. Darüber, was anschließend mit unserer politischen Sprache geschieht. Mit Minderheiten. Mit Institutionen. Mit der Bereitschaft, einander noch zuzuhören. Mit der Vorstellung davon, wer eigentlich zu diesem Land gehört.

Es wird Katastrophen geben.

Ich bin kein Alarmist. Jedenfalls halte ich mich nicht für einen. Vielleicht möchte ich auch einfach nicht recht behalten.

In der Schule bekam ich schon in den siebziger Jahren einen Text zu lesen, in dem vorausgesagt wurde, die Zukunft der Menschheit werde von Verteilungskämpfen geprägt sein, vor allem von Kämpfen um Wasser.

Prima.

Sie hatten recht.

Nur: Was hat uns das Rechthaben genützt?

Heute sinken Flusspegel, Wälder brennen, Ernten geraten unter Druck, und manches davon spüren wir inzwischen unmittelbar im Portemonnaie. Wir wissen auch, dass wir vieles zu lange verschoben haben. Gleichzeitig möchten wir die Beschäftigung damit gern noch einmal verschieben.

Nicht jetzt.

Bitte nicht auch noch das.

Die Krankenhäuser sind ohnehin überlastet, und jetzt sollen sie auch noch Hitzeschutzpläne entwickeln. Die Wirtschaft hat schon genug Probleme, und nun werden wegen des Niedrigwassers Transporte schwieriger. Sonntagsfahrverbote für Lastwagen lockern? Ausgerechnet in der Ferienzeit? Wasserverbrauch begrenzen? Klimaanlage? Verschattung? Andere Landwirtschaft? Andere Städte? Andere Mobilität?

Über jede einzelne Maßnahme lässt sich streiten.

Vielleicht müssen wir sogar über jede einzelne Maßnahme streiten.

Aber vielleicht liegt unser eigentliches Problem inzwischen gar nicht mehr darin, dass uns jemand noch deutlicher erklären müsste, wie ernst die Lage ist.

Vielleicht brauchen wir eine Erzählung darüber, **wie wir miteinander durch eine ernste Lage hindurchgehen wollen.**

2022, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, kamen innerhalb kurzer Zeit viele Frauen mit ihren Kindern nach Deutschland. Unsere Verwaltungen hatten dafür keine fertigen Abläufe in der Schublade.

Der Hochsauerlandkreis fragte bei der Stadt Soest nach: Habt ihr etwas?

Eigentlich noch nicht, hieß es dort. Aber Hamm sei gerade dabei, etwas vorzubereiten. Die Unterlagen könnten übernommen und angepasst werden.

Und schließlich fragte der Kreis, ob ukrainische Familien sogar in Soester Aufnahmeprozesse eingegliedert werden könnten.

Ja. Können wir so machen.

Das klingt heute fast unspektakulär.

Aber vielleicht ist genau das bemerkenswert.

Niemand sagte: Dann lassen wir eben alle Formalitäten weg. Kontrolle ist jetzt Luxus. Wird schon gutgehen.

Die Gefahren waren durchaus bekannt. Menschenhandel, Missbrauch, Betrug. Gerade in einer chaotischen Situation werden Schutzregeln nicht überflüssig.

Aber niemand sagte auch: Verfahren ist Verfahren. Wenn es drei Monate dauert, dauert es eben drei Monate. Dann steht die Schlange im Kreishaus eben bis Westernbödefeld.

Stattdessen wurde gefragt:

Was ist jetzt notwendig?

Was können wir übernehmen?

Was müssen wir verändern?

Was muss bleiben?

Vielleicht ist das Katastrophenfähigkeit.

Nicht Regelbruch.

Nicht Heldentum.

Nicht die große Stunde, in der plötzlich alles erlaubt ist.

Sondern die Fähigkeit, unter Druck noch unterscheiden zu können.

Die Katastrophe lehrt nicht nur beten. Sie lehrt manchmal auch wieder, das Not-Wendige zu erkennen.

Und genau deshalb ist es so einfach, „Bürokratieabbau!“ zu rufen und zugleich so schwer, ihn verantwortlich zu gestalten.

Denn hinterher möchten wir auch wissen, warum Sozialleistungen missbraucht wurden. Warum niemand einen Menschenhändler erkannt hat. Warum Sicherheitsbehörden eine Gefahr übersehen haben.

Der Staat soll schnell sein und gründlich, billig und zuverlässig, freundlich und betrugssicher.

Das geht nicht immer gleichzeitig.

Also müssen wir entscheiden.

Und damit beginnt Politik.

Vielleicht ist das auch die eigentliche Schwierigkeit der Klimakrise. Sie kommt nicht an einem Dienstagmorgen um halb neun. Es gibt keinen Alarm, nach dem alle wissen: Jetzt ist Ausnahmezustand.

Sie sickert in unser Leben.

Ein trockener Sommer.

Der nächste Waldbrand.

Ein Krankenhauszimmer, in dem es zu heiß wird.

Ein Bach, der kaum noch Wasser führt.

Eine Versicherung, die teurer wird.

Ein Landwirt, der sagt: Ohne Wasser kann ich nicht arbeiten.

Eine Stadt, die sagt: Wir müssen unser Trinkwasser schützen.

Beide haben recht.

Das erinnert mich an eine alte jiddische Anekdote. Zwei Menschen streiten. Ein Vermittler hört den ersten an und sagt:

Du hast recht.

Dann hört er den zweiten an und sagt:

Du hast auch recht.

Jemand protestiert: Aber die können doch nicht beide recht haben!

Darauf der Vermittler:

Du hast auch recht.

Das ist keine Anleitung zur Beliebigkeit.

Bei Wasserknappheit lässt sich die verfügbare Wassermenge nicht herbeireden. Bei Hitze sinkt die Temperatur nicht dadurch, dass wir uns auf unterschiedliche Meinungen verständigen.

Aber vielleicht steckt in dieser kleinen Geschichte eine politische Weisheit:

Bevor wir miteinander entscheiden können, müssen wir lernen, dass die Wirklichkeit des anderen nicht verschwindet, nur weil wir selbst recht haben.

Der Landwirt hat etwas zu verlieren.

Die Pflegekraft hat etwas zu verlieren.

Der Unternehmer hat etwas zu verlieren.

Die Familie hat etwas zu verlieren.

Der junge Mensch, der fragt, in welcher Welt er einmal leben soll, hat etwas zu verlieren.

Wir werden nicht alles retten können.

Das ist ein bitterer Satz.

Aber vielleicht ist er ehrlicher als manches Versprechen, mit dem wir uns gegenseitig beruhigen.

Wir werden nicht alles retten können. Aber wir können miteinander darüber entscheiden, was wir schützen, was wir verändern, welche Lasten wir einander zumuten – und wie das neue Leben aussehen soll, das wir miteinander anfangen werden.

An dieser Stelle fällt mir auf, dass wir das schon einmal mussten.

1945. 1949. 1953.

Diese Daten erzählen keine geradlinige Erfolgsgeschichte.

1945 war Niederlage, Befreiung, Zerstörung, Schuld, Hunger, Flucht und Vertreibung. Millionen Menschen verloren ihre Heimat. Familien verloren Menschen, Häuser, Orte, Gewissheiten.

Und zugleich durfte der eigene Verlust nicht die deutsche Schuld verdecken.

Beides musste irgendwann ausgesprochen werden können:

Ich habe meine Heimat verloren.

Und:

Von meinem Land ist ein verbrecherischer Krieg ausgegangen.

Meine Familie hat gelitten.

Und:

Andere haben durch Deutsche unermessliches Leid erfahren.

1949 bekam der neue Anfang eine politische Form.

Nicht weil inzwischen alles geklärt gewesen wäre.

Es war kaum etwas geklärt.

Und 1953 zeigte spätestens der Aufstand vom 17. Juni, dass es auch nicht den einen deutschen Neubeginn gab. Deutschland war geteilt. Freiheit war unterschiedlich verteilt. Zukunft blieb umkämpft.

Später kamen die Fragen der 68er.

Was habt ihr damals getan?

Warum habt ihr geschwiegen?

Wer saß längst wieder in seinen alten Ämtern?

Der Anfang von 1949 musste zwanzig Jahre später noch einmal befragt werden.

Vielleicht ist das die tröstliche und zugleich ernüchternde Erfahrung:

Wir haben nicht erst alles geklärt und dann angefangen.

Wir haben angefangen, während vieles ungeklärt war.

Auch die Geschichte mit Frankreich gehört dazu. Aus dem sogenannten Erbfeind wurde nicht deshalb ein Freund, weil plötzlich festgestellt worden wäre, die jahrzehntelangen Konflikte seien nur ein Missverständnis gewesen.

Man begann, die Geschichte anders weiterzuerzählen.

Nicht:

Wir hatten niemals Gründe, einander zu hassen.

Sondern:

Wir wollen aus diesen Gründen keine Zukunft mehr machen.

Vielleicht stehen wir wieder an einer solchen Stelle.

Nicht 1945.

Geschichte wiederholt sich nicht so ordentlich.

Aber vielleicht müssen wir uns erneut fragen, wer dieses **Wir** eigentlich ist, das miteinander anfangen soll.

Und da kehren meine Gedanken zu einer viel kleineren Frage zurück, mit der ich mich heute schon beschäftigt hatte.

Vielleicht darf sich unsere politische Zukunft gerade nicht an irgendeinem deutschen Stallgeruch orientieren.

Nicht an Ahnentafeln.

Nicht daran, ob jemand Müller, Fischer, Kowalski, Yilmaz oder Okello heißt.

Schon gar nicht daran, ob jemand blond und blauäugig ist.

Unsere gemeinsame politische Welt entsteht aus den Entscheidungen, die wir miteinander getroffen haben und weiter treffen.

Wir haben uns für bestimmte Rechte entschieden.

Für Demokratie.

Für die Würde jedes Menschen.

Für Verfahren, in denen wir streiten können, ohne uns gegenseitig die Zugehörigkeit abzusprechen.

Diese Entscheidungen sind nicht ein für alle Mal erledigt.

Wir ringen ständig um sie.

Und gerade dieses Ringen bestimmt, wer wir sind.

Das Gemeinsame ist kein Besitzstand.

Es ist eine Tätigkeit.

Demokratie ist nicht das Haus, das unsere Vorfahren gebaut haben und in das wir nun Eintrittskarten verteilen.

Demokratie ist gemeinsames Bauen.

Und vielleicht ist deshalb am Ende noch eine unangenehme Frage nötig.

Nicht nur:

Wer darf mitbauen?

Sondern:

Sind wir überhaupt bereit, mitzubauen?

Bereit, unsere Interessen einzubringen und die der anderen anzuhören.

Bereit, uns etwas zumuten zu lassen.

Bereit, Entscheidungen zu tragen, die wir selbst anders getroffen hätten.

Bereit, Fehler zu korrigieren.

Bereit, etwas Verlorenes zu betrauern, ohne daraus einen Anspruch auf die Vergangenheit zu machen.

Bereit, etwas Neues anzufangen, von dem wir noch nicht wissen, wie es aussehen wird.

Vielleicht brauchen wir für die nächsten Jahre weniger Menschen, die uns sagen, dass sie recht behalten haben.

Vielleicht brauchen wir Menschen, die anfangen können.

Auch wenn sie Angst haben.

Auch wenn sie nicht wissen, ob es gut ausgeht.

Auch wenn noch vieles ungeklärt ist.

Wir werden nicht alles retten können.

Aber wir können immer noch entscheiden, was wir miteinander anfangen wollen.